

Erste Kreistagssitzung im neuen Jahr

Schon für September 2023 war das Thema von der SPD angemeldet worden. Aus diversen Gründen ist es immer wieder aufgeschoben worden. Jetzt hat der Kreistag die Frage, welche Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel erforderlich seien, damit der Kreis seine Kernaufgaben noch erfüllen könne, in der Aktuellen Stunde aufgegriffen. Der News Letter berichtet darüber auf Seite 2.



In ihre Ämter als neuer Kreiswehrführer und neuer stellvertretender Wehrführer wurden Stefan Mohr und Christian Grundorf vereidigt und feierlich in ihr Amt eingeführt.



Die Abgeordneten des Kreistages wohnten der Vereidigung stehend bei.



Geschenke gab es zum Amtsantritt vom Kreispräsidenten sowie von der CDU-Fraktion.



Außerdem stimmte der Kreistag der Ernennung des langjährigen Kreiswehrführers und Landesbrandmeisters Frank Homrich zum Ehrenwehrführer zu.



Kreispräsident und CDU dankten auch ihm mit Präsenten für sein Engagement.

8 Kandidatinnen und Kandidaten hatten dem Anforderungsprofil entsprochen. Schließlich wurde Antje Hardekopf ausgewählt und im Kreistag zur neuen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen gewählt.



In ihrer Antrittsrede machte sie deutlich, dass sie versuchen wolle, die großen Fußstapfen, die Axel Vogt hinterlassen habe, so gut wie möglich auszufüllen: „Ich freue mich, mit dem Kreistag gemeinsam den Schritt zu einer inklusiveren Gesellschaft zu machen“.

Auch im vierten Anlauf ist die Wahl eines Jugendhilfeausschussvorsitzenden nicht gelungen. Die AfD verzichtete zwar auf eine erneute Bewerbungsrede von Burghardt Schalhorn, genauso wie auf einen zweiten Wahlgang. Allerdings sollte sie als für diese Position vorschlagsberechtigte Partei vor Ablauf der Wahlperiode endlich einen für Demokraten wählbaren Kandidaten vorschlagen.

EDITORIAL



Leserinnen und Leser,

im Mittelpunkt der Aktivitäten der CDU-Kreistagsfraktion im vergangenen Monat stand naturgemäß die Sitzung des Kreistages. Sie begann harmonisch mit der Wertschätzung des Ehrenamtes sowie der Bestellung der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen in ihr neues Amt. Die CDU-Fraktion wünscht der erst 32-jährigen Antje Hardekopf eine glückliche Hand und viel Kraft zum Wohle benachteiligter Einwohnerinnen und Einwohner im Kreis Pinneberg.

Der Mittelteil der Sitzung stand wieder ganz im Zeichen der erratischen Politik der AfD-Fraktion. Ich habe schon mehrfach darüber nachgedacht, ob es Sinn mache, diese Partei überhaupt zu erwähnen, um sie nicht über das Maß hinaus aufzuwerten, das sie verdient hätte. Diesmal waren es Wortbeiträge u.a. in der Aktuellen Stunde sowie Anträge, die an Naivität nicht zu überbieten sind. Insbesondere die CDU-Kreistagsabgeordneten Justus Schmitt und Stephan Schmidt entzauberten diese selbsternannten Bewahrer von Recht und Ordnung.

Zum Ende der Kreistagssitzung wurde es wieder sachlicher, und in großem Einvernehmen der demokratischen Fraktionen wurden letztlich fast 30 Tagesordnungspunkte verabschiedet. Der März klang aus mit dem Hauptausschuss als Polizeibeirat, in dem die Spitzen der Polizeidirektion Segeberg über das Verkehrsgeschehen und die Kriminalstatistik im Kreis Pinneberg aufklärten.

Mit besten Grüßen

Ihre



Heike Beukelmann
Fraktionsvorsitzende

Aktuelle Stunde zum Fachkräftemangel



Welche Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel sind erforderlich, damit der Kreis seine Kernaufgaben noch erfüllen kann?

Zu diesem Thema bezog Justus Schmitt für die CDU Stellung:

Die Zeiten, in denen wir leben, seien ernste Zeiten: Der demographische Wandel, die Digitalisierung, Inflation, Krieg und Flucht würden riesige Herausforderungen an uns stellen. Sie würden insbesondere zu tiefgreifenden Veränderungen in der Arbeitswelt führen, so Justus Schmitt.

Das spüre man auch im Kreis Pinneberg. Der Kreis, aber auch die von ihm unterstützten Träger und die heimische Wirtschaft bräuchten dringend qualifizierte Fachkräfte in ausreichender Zahl, um die anstehenden Veränderungen buchstäblich „in die Hand zu nehmen“.

Der Fachkräftemangel durchsetze insbesondere den Gesundheits- und Sozialbereich vollständig.

Beispielsweise stünden im Pflegebereich im Kreis Pinneberg nicht mehr permanent alle stationären Plätze zur Verfügung, weil schlichtweg das Personal dafür fehle.

Dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken werde nur gelingen, wenn man gemeinsam mit den verschiedenen Akteuren ohne wirtschaftliches oder politisches Konkurrenzdenken an vielen einzelnen Stellenschrauben drehe, die

1. zur Attraktivität von Berufen beitragen, die besonders vom Fachkräftemangel betroffen seien,
2. die Übergänge und Wiedereinstiege in diese Berufsgruppen erleichtern,
3. eine schnelle und beständige Integration von Fachkräften aus dem Ausland in unseren Arbeitsmarkt ermöglichen.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion sei er an der Beruflichen Schule in Pinneberg vor einiger Zeit mit Berufsschülerinnen und -schülern ins Gespräch gekommen. Sie hätten von ihren Ausbildungsberufen berichtet, die sie mit Leidenschaft aufgenommen hätten und auch daon, dass von ihren Ausbildungsgehältern nicht viel

übrigbliebe, wenn schon allein die Fahrtkosten zur Arbeit, gerade in den ländlichen Teilen des Kreises, davon abgezogen würden. Sie wüssten auch nicht, wo sie angesichts der dramatischen Zuspitzung aufgrund des knappen Wohnraums im Kreis Pinneberg noch ein Zuhause finden sollten.

„Das sind die Lebensrealitäten von Auszubildenden im Kreis Pinneberg. Dass die Bundesregierung mit der Erhöhung des Bürgergeldes die Axt an das Lohnabstandsgebot ansetzt und es sich für manche Menschen nicht mehr lohnt, arbeiten zu gehen, hilft uns dabei im Übrigen überhaupt nicht“. Wenn man wolle, dass diese Menschen ihre Arbeitskraft für das Gemeinwohl als Pflegekraft, als Erzieher, als Tankwarte oder Maurer einsetzen, dann müsste man das Arbeiten im Kreis Pinneberg attraktiver machen!

Darauf, was das für die Kreisverwaltung konkret bedeute, hätte Herr Stahl schon Bezug genommen. Es bedeute vor allem, aber nicht nur, eine angemessene, attraktive Bezahlung.

Es bedeute auch, Arbeitsbedingungen zu schaffen, die es den Menschen ermöglichen, ein ausgewogenes Leben zu führen. Es bedeute, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Familie und Beruf miteinander vereinbaren könnten. Wie sich fehlende Betreuungsangebote darauf auswirkten, sei bereits in der Einwohnerfragestunde eindrucksvoll dargestellt worden.

Flexible Arbeitszeiten, Weiterbildungsmöglichkeiten und Unterstützungsprogramme für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien nur einige der Maßnahmen, auf die man in der Kreisverwaltung hinwirken – dabei sei explizit die beschlossene Personalstrategie des Kreises genannt – und die man bei den Trägern unterstützen könne.

So stelle man sicher, dass die Fachkräfte motiviert und engagiert blieben und man insbesondere Ausbildungsabbrüche vermeide. Der Kreis Pinneberg habe darauf bereits reagiert und Maßnahmen für soziale Berufe wie die praxisintegrierte Ausbildung, Stipendienmodelle und Kostenübernahmen für den ÖPNV ins Leben gerufen.

Und schließlich habe mit der Einführung des sogenannten "Job-Turbos" auch die Bundesregierung einen Schritt unternommen, um Geflüchteten den Einstieg in die Arbeitswelt zu erleichtern. Anderen europäischen Ländern gelinge das deutlich besser als uns. Deshalb sei es auch so notwendig und gehöre in diesem Rahmen angesprochen.

Das Jobcenter und die Agentur für Arbeit würden ihre Anstrengungen bündeln, um sicherzustellen, dass Geflüchtete, die hier leben, schnellstmöglich in den Arbeitsmarkt integriert werden. Das sei, parallel zur sprachlichen Qualifizierung, für die man die Kapazitäten vor Ort schaffen müsse, eine enorme Herausforderung, aber ein Schritt in die richtige Richtung. Wer in Deutschland arbeite, der werde sich in Deutschland integrieren. Es müsse unser Ziel sein, Menschen, die ein Recht zum Aufenthalt bei uns haben, in unsere Gesellschaft zu integrieren. Das gelinge über den Arbeitsmarkt, stärke den gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirke auch dem Fachkräftemangel erheblich entgegen.

„Lassen Sie uns im Rahmen unserer Möglichkeiten vor Ort gemeinsam darauf hinwirken, dass der "Job-Turbo" nicht nur ein politisches Schlagwort aus Berlin bleibt, sondern zur Realität wird.

Lassen Sie uns gemeinsam alles daransetzen, dass die Bürgerinnen und Bürger gerne im Kreis Pinneberg und gerne für den Kreis Pinneberg arbeiten.

Lassen Sie uns gemeinsam junge Menschen motivieren, einen Ausbildungsberuf zu ergreifen und diesen auch auszuüben und damit sie einen Abschluss erfolgreich meistern und dann ein Gehalt gezahlt bekommen, von dem sie in ihrem Sinne leben können“, rief Justus Schmitt den Abgeordneten des Kreistages entgegen.

So werde eine gemeinsame Anstrengung gegen den Fachkräftemangel im Kreis Pinneberg gelingen.

Jahresempfang der IHK Kiel



Auf Einladung der IHK nahmen Mitglieder der Kreistagsfraktion am Jahresempfang in Kiel teil.
v.lks.: B:E: Tiemann, A. Waßong, S.u. O. Schmidt

Klimaschutzkonzept

Rede von Lars Karoleski

Der Kreis Pinneberg hat sich verpflichtet, Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2040 zu erreichen. Grundlage ist die Zustimmung zum Integrierten Klimaschutzkonzept für den Kreis Pinneberg. Für die CDU-Fraktion nahm der Kreistagsabgeordnete Lars Karoleski Stellung:

„Mit dem Integrierten Klimaschutzkonzept werden für den Kreis Pinneberg eigene Ziele zur Treibhausgasreduktion definiert und mit Maßnahmen zur Umsetzung hinterlegt. Zukünftig orientiert sich die Kreisverwaltung an den Vorgaben des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes (EWKG) für die Landesverwaltung. Diese politisch gefassten Ziele bilden den Ausgangspunkt für das Integrierte Klimaschutzkonzept“.

Das baue auf zahlreichen bestehenden Aktivitäten und Formaten auf. Hierzu zählten unter anderem die Kreis-Umwelttage, verschiedene Förderprogramme sowie Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Nachhaltigkeit, Mobilität und Energie. Das sei mit ein Grund, warum das Integrierte Klimaschutzkonzept in allen Fachausschüssen beraten worden sei.

„Ich war selber in einigen dieser Ausschusssitzungen anwesend und musste mit Erschrecken feststellen, dass wiederholt dieselben Personen die gleichen zeitraubenden Fragen stellten und diese immer mit Engelsgeduld beantwortet wurden“.



Wer aufgepasst habe, erkenne ein ehrgeiziges Ziel, dass man sich selbst auferlegt habe. Damit hätten wir für unser Handeln die Basis geschaffen. Das Konzept sei als Richtschnur zu verstehen, an der man sich entlang hangeln könne.

Leider hätten das noch nicht alle verstanden, die das Konzept in ihre Einzelteile zerlegen und das Rad neu erfinden wollten. Schon im Vorwort im ersten Absatz stehe, dass man in Verantwortung für künftige Generationen handeln müsse.

„Damit dienen wir als Vorbild und kommen nicht umhin, etwas zu unternehmen. Die Maßnahmen sind benannt, und sie müssen von uns umgesetzt werden. Wann genau und was es kostet, wird in den jeweiligen Fachausschüssen beraten und kann dann je nach Haushaltslage beschlossen werden. Es liegt an uns, es mit Leidenschaft, Weitsicht und Engagement

Absurde Resolution zur Freigabe von Cannabis

Die Rede von Justus Schmitt als Erwiderung auf den AfD-Resolutions-Antrag im Wortlaut

Die Cannabis-Legalisierung, wie die Bundesregierung sie vorschlägt, ist ein Fehler. Nicht nur ist das Gesetz so schlecht gemacht, dass sogar Befürworter der Legalisierung sich gegen das Gesetz wenden, es hat fatale Folgen für das Zusammenleben in unserem Land.

Cannabis ist eine psychoaktive Substanz, die nachweislich schädliche Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit haben kann. Insbesondere bei Jugendlichen, deren Gehirn noch in der Entwicklung ist, kann der Konsum von Cannabis schwerwiegende Langzeitfolgen haben, darunter Beeinträchtigungen der kognitiven Fähigkeiten und des Gedächtnisses. Der Jugendschutz wird durch das Gesetzesvorhaben komplett aufgeweicht; Cannabis wird zukünftig noch einfacher für Minderjährige zugänglich sein. Studien haben gezeigt, dass in Ländern, in denen Cannabis legalisiert wurde, der Konsum unter jungen Menschen häufig zugenommen hat. Dies könnte verheerende Auswirkungen auf unsere Gesellschaft haben, da der Konsum von Cannabis nicht nur das individuelle Wohlergehen beeinträchtigt, sondern auch die soziale Stabilität gefährden kann.

Im Übrigen: Dass Alkohol oder Tabak legal und einfach zugänglich ist, können wir nicht ernsthaft als ein Argument für die Legalisierung von Cannabis gelten lassen: Zu viele Leben zerstört der zunehmende übermäßige Alkoholkonsum in unserem Land. Und da soll der richtige Weg sein, eine weitere Droge zu legalisieren und unser sowieso schon überlastetes Gesundheitssystem weiteren Strapazen auszusetzen? Das ist keine vernünftige Politik.

Schließlich dürfen wir nicht die Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit außer Acht lassen. Cannabis beeinträchtigt die motorischen Fähigkeiten und das Reaktionsvermögen und erhöht somit das Unfallrisiko. Die Bundesregierung streitet noch darüber, wie sie den Konsum zukünftig mit der Fahrtüchtigkeit in Einklang bringen will. Eine Legalisierung führt in jedem Fall zu einer erhöhten Verkehrsgefährdung auf unseren Straßen. Und schließlich bringt der Gesetzesentwurf noch eine überbordende Bürokratie und Rechtsunsicherheit mit sich, die ihresgleichen sucht:

Ja, der Besitz wird in einem gewissen Rahmen straffrei. So sollen Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte entlastet werden. Aber das wird in der Praxis nicht funktionieren: Wer kontrolliert denn die Altersgrenzen, ob man jetzt 30 oder 50 g zu Hause haben darf? Wer kontrolliert die Meterabstände zur nächsten Schule oder zum nächsten Kindergarten, in deren Nähe kein Konsum stattfinden darf? Soll die Polizei dann bald nach Hause kommen und die Anzahl an Blättern an der Pflanze zählen, um die Maximalabgabe zu überprüfen?

Der Regel-Dschungel wird vor allem eines zur Folge haben: Der illegale Schwarzmarkt wird nicht nennenswert kleiner. Es bleibt schlichtweg einfacher, zum Dealer um die Ecke zu gehen, als in einen der Cannabis-Clubs einzutreten und zum Hobbygärtner zu werden.

Sie wissen jetzt, dass wir gegen den Gesetzesentwurf sind. Jetzt erkläre ich Ihnen von der AfD abschließend noch, warum wir Ihrem Antrag nicht zustimmen werden, der handwerklich ebenso schlecht ist wie der Gesetzesentwurf:

Herr Steinhaus, Sie haben vorhin Merkel und Merz zitiert, Herr Schalhorn eben Adenauer. Sie wollen über politische Qualität reden. Dabei haben Sie mit Ihrem Antrag einmal mehr gezeigt, dass Sie das politische System, den föderalen Rechtsstaat und das Gesetzgebungsverfahren in Deutschland schlicht nicht verstanden haben.

Sie beantragen, dass der Pinneberger Kreistag die schleswig-holsteinische Landesregierung dazu auffordern soll, im Bundesrat gegen die Legalisierung von Cannabis zu stimmen. Ein Antrag, der nur auf populistische Stimmungsmache abzielen kann.

Denn: Wie sich die Vertreter des Landes im Bundesrat verhalten, ist zunächst einmal eine Entscheidung der Koalition in Kiel. Es ist keine Entscheidung, auf die der Kreis Pinneberg direkten Einfluss nehmen könnte.

Sie verschwenden mit Anträgen wie diesem unsere Zeit! Zeit, die wir für Themen nutzen könnten, auf die der Kreis unmittelbaren Einfluss hat; wir könnten uns Fragestellungen widmen, auf die die Menschen von ihrer Kreispolitik Antworten verlangen. Stattdessen betreiben Sie hier Schaufensterpolitik vom Allerfeinsten; das ist überaus bedauerlich.

Dazu sei noch gesagt: Eine Gegenstimme Schleswig-Holsteins im Bundesrat würde mñchten dazu führen, dass der Gesetzesentwurf scheitert. Wie die Kollegin der SPD entscheide ich mich dagegen, an dieser Stelle eine Staatsorganisationsrechts-Vorlesung zu halten. Ich empfehle Ihnen dazu aber einen Blick ins Grundgesetz, explizit die Regelungen zum Unterschied zwischen einem Zustimmungsgesetz und einem Einspruchsgesetz.

Kurz gesagt: Der Gesetzesentwurf ist einer, für den die Bundesregierung keine Zustimmung im Bundesrat benötigt. Es gibt vielleicht einen Vermittlungsausschuss der Länder, aber am Ende kann eine einfache Mehrheit des Bundestages den Bundesrat überstimmen.

Der Gesetzesentwurf würde sich somit lediglich verzögern, wovon auszugehen ist: Es gibt bereits genügend unionsgeführte Länder, die den Vermittlungsausschuss anrufen werden. Verhindert werden kann das Gesetz dadurch aber auf demokratischem Wege nicht. Der richtige Weg ist daher: Im Vermittlungsausschuss das Schlimmste verhindern und auf die Kompromissbereitschaft des Bundestages hoffen.



Und schließlich: Mit guter Politik, nicht mit fadenscheinigen Anträgen wie diesem, die Cannabis-Legalisierung in dieser Form nach der Bundestagswahl 2025 wieder abschaffen.

Splitter aus dem Kreistag

Burghardt Schalhorn (AfD) zur Resolution gegen die Freigabe von Cannabis:

„Deutschland war einmal das Land der Dichter und Denker. Heute sind wir – Dank Rot/Grün auf dem Weg zum Land der Kiffer“.

Hans-Peter Stahl (SPD) an den Kreispräsidenten gerichtet:

„Ich bitte Sie, mir 1 Minute vor Ende meiner Rede ein Zeichen zu geben“.

Wahrscheinlich hält er den KP für einen Hellseher . . .

Dörthe Köhne-Seifert (SPD) zum Antrag der AfD bezüglich der Bezahlkarte für Asylbewerber:

„Irgendwie stellen sich mir die Nackenhaare auf, wenn ich Ihre handwerklichen Fehler sehe“.

Volkher Steinhaus (AfD):

„Frau Merkel hat schon gesagt: Nun sind sie halt da.“

Dörthe Köhne-Seifert:

„Soll ich eine Vorlesung zu den juristischen Grundlagen 1. Semester halten?“

Vielleicht wäre etwas Nachhilfe angebracht!“

„Was kommt als Nächstes? Taurus-Abstimmung oder was?“

Kreispräsident Helmuth Ahrens, nachdem er Lars Karoleskis Wortbeitrag als Jungferrede ankündigte:

„Die Landrätin hat mich gefragt, ob es auch männliche Jungferreden gibt“.

Stephan Schmidt (CDU) zur Richtlinie zur Unterstützung der Sportvereine im Kreis:

„Sport ist in der heutigen Zeit wichtig. Schauen Sie mich an – wie man aussieht, wenn man sich zu wenig bewegt“.

Werner Harms (SPD), der zum gleichen TOP seine Meldung zurückzog:

„Ich verzichte auf meinen Wortbeitrag, obwohl ich zu Stephan Schmidts Bauch noch was zu sagen hätte“.

Hans-Peter Stahl (SPD):

„Das rote Lämpchen leuchtet. Das heißt, man darf reden.“

Darauf aus den Reihen der CDU:

„Wird Zeit, ein Mikro mit Schwarzlicht anzuschaffen . . .“

Kreispräsident Ahrens zu Herrn Koltzau, der die Ernennung zum Ehrenwehführer vorbereitet hatte:

„Herr Koltzau zeigt mir den Daumen – also, den Daumen nach oben“.

Burghardt Schalhorn (AfD) auf den Hinweis, dass Herr Gruben als Abgeordneter Anträge stellen darf:

„Das ist neu – ich habe andere Erfahrungen“.

Dörthe Köhne-Seifert (SPD) zu B. Schalhorn (AfD):

„Wenn Jemand nicht in der Lage ist, einfache Anträge zu formulieren, wie soll der einen Ausschuss leiten?“

Sportförderung

Der Kreistag beriet über die Richtlinie zur Unterstützung der Sportvereine im Kreis Pinneberg. Die AfD machte mit Ihrem konfusen Redebeitrag deutlich, dass sie gar nicht im Film war, sondern, wie **der fachpolitische Sprecher der CDU, Stephan Schmidt**, es ausdrückte, irgendwie falsch abgelenkt sei. Es gehe hier um die Unterstützung von Vereinen bei hohen Energiekosten und nicht um eine energetische Sanierung von Sportstätten. „Die AfD hat vermutlich die Vorlage nicht gelesen“, so Schmidt.



„Sport ist wichtig, Bewegung ist wichtig. Ein Beispiel für zu wenig Bewegung sehe ich jeden Morgen im Spiegel“. Umso wichtiger sei es, dass wir unsere Sportvereine erhalten. Die im letzten Jahr dramatisch gestiegenen Energiekosten würden nun mit den Jahresendabrechnungen voll zu den Vereinen durchschlagen und müssten nun bezahlt werden. „Wir dürfen die Vereine hiermit nicht allein lassen, sondern müssen unterstützen und können unterstützen, indem wir im letzten Jahr nicht benötigte Mittel in diesem Jahre verwenden“, erklärte Schmidt.

Geärgert hat er sich aber über Burghardt Schalhorn (AfD). Am 19.11.2022 habe der Ausschuss für Schule, Sport und Kultur die Energiekostenrichtlinie allein gegen die Stimmen der AfD/KWGP beschlossen. Am 8. Februar 2023 wurde der neue Vertrag zur Sportförderung mit dem KSV im Kreistag beschlossen.

„Allein, welche Fraktion stimmt dagegen?“ fragt Schmidt. „Richtig, die AfD/KWGP. Am 12. April 2023 findet dann ein Pressetermin mit dem KSV statt. Nun könnte man ja meinen, dass die Fraktion, die konsequent jegliche Sportförderung abgelehnt hat, dann den Anstand hat, keinen Vertreter zu senden. Aber weit gefehlt - wer erscheint? Burkhardt Schalhorn! Er stellt sich Formatfüllend in das Foto und schmückt sich mit den Federn der tollen Sportförderung des Kreises.

Das ist unredlich, das ist Täuschung, das ist verlogen! Ich bin jetzt gespannt, ob sich die Geschichte wiederholt . . .“

Bezahlkarte für Asylbewerber

Nach langem Drängen hat sich die Bundesregierung im November letzten Jahres dazu hinreißen lassen, endlich die Voraussetzungen für eine Bezahlkarte für Asylbewerberinnen und -bewerber zu schaffen. Das Land Schleswig-Holstein ist nunmehr dabei, die Bezahlkarte für Asylbewerber einzuführen.

Dazu der fachpolitische Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion, Justus Schmitt:



Geeinigt haben sich die Länder auf eine guthabenbasierte Karte mit Debit-Funktion, die die Auszahlung von Bargeld ersetzt. Ein Einsatz der Bezahlkarte im Ausland und Überweisungen im In- und Ausland sind ausgeschlossen.

Die Barauszahlung soll damit eingeschränkt und der kommunale Verwaltungsaufwand für die Kreise und Städte minimiert werden. Diese Maßnahme wird vor Missbrauch schützen, weil die Leistungen tatsächlich zur täglichen Daseinsvorsorge genutzt werden, wofür sie vorgesehen sind. Durch sie verringern sich im Übrigen auch Pull-Effekte im Rahmen der Migrationsbewegungen nach Deutschland. Die Bezahlkarte ist daher eine gute Sache und wird ausdrücklich von der CDU-Fraktion unterstützt.

Mit ihrem Antrag hat die AfD-Fraktion jedoch bewiesen, dass ihr ein abgestimmtes Zusammenspiel und vernünftige Politik nicht zuzutrauen ist. Schleswig-Holstein beteiligt sich nämlich am gleichen Ausschreibungsverfahren wie 13 andere Bundesländer auch. Der Zuschlag für die Umsetzung wird im Sommer dieses Jahres erwartet. Dann sollen mit den anderen Landkreisen gemeinsame Regeln eingeführt werden.

Ein „Pilotprojekt“, wie es in dem Antrag heißt, wäre nicht wegweisend und vorzeigbar. Es wäre ein fatales Vorpreschen, das zu einem Regelungs-Flickenteppich im Land führen und Vertrauen bei unseren Partnern im Land verspielen würde.

Im Übrigen würde die Einführung auch nicht schneller gehen. So ein Ausschreibungsprozess dauert eben seine Zeit. Er wird auch nicht praktikabler, wenn man keine einheitliche Lösung findet. Zudem muss ohnehin wohl aller Wahrscheinlichkeit nach noch eine Änderung des Asylbewerberleistungsgesetz seitens des Bundes erfolgen.

Wenigstens im eigenen Land und in unserem Nachbarland Hamburg müssen die Funktionen der Karte einheitlich gelten. Es ist daher gut, wenn nicht mehr unter den Ländern um eine einheitliche Höhe der Auszahlungsbeträge gestritten wird.

Jetzt ist Einigkeit gefragt – auch gegenüber undurchdachten Anträgen der Rechtsaußenfraktion im Pinneberger Kreistag

Happy Birthday

Seit dem letzten NewsLetter feierten die Fraktionsmitglieder der CDU-Kreistagsfraktion

Christiane Jorjan
Oliver Kusber
Sven Kruse
Volker Claaßen

ihren Geburtstag.

Der NewsLetter gratuliert nachträglich sehr herzlich.



Teilfraktion beim Wendepunkt

Die CDU-Teilfraktion für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren besuchte im März mit 7 Mitgliedern den Wendepunkt e.V. und informierte sich über die dort angesiedelte Traumaambulanz.

Hier wird Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen geholfen, traumatische Erfahrungen zu bewältigen. Zum Traumazentrum gehört auch die für den Kreis Pinneberg zuständige Beratungsstelle gegen sexuelle Gewalt. Als Facheinrichtung für den Kinderschutz unterstützt die Traumaambulanz Familien in ihrem täglichen Leben, damit Kinder gesund wachsen können.

Außerdem hält sie verschiedene präventive Angebote für Kindergärten und Schulen sowie Fachkräfte vor.

Um zukünftige Übergriffe verhindern zu helfen, können sich Minderjährige und junge Erwachsene mit sexuell auffälligem Verhalten an die Ambulante Rückfallprophylaxe wenden.



Informiert wurde die Teilfraktion für SGGS von Wendepunkt-Geschäftsführer Dirk Jacobsen (4. von rechts) und Fachbereichsleiter Sascha Niemann (ganz rechts).

Was macht eigentlich . . . ?



Manfred Kannenbäumer

Von 2013 bis 2023 war er 1. stellvertretender Landrat des Kreises Pinneberg und 1. stellvertretender Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion.

1943 wurde Manfred Kannenbäumer in Münster/Westf. geboren. Er war dort auf mehreren Verwaltungsebenen tätig, z.B. als Beamter im Bereich des Innenministeriums in NRW und zuletzt als hauptamtlicher Leiter der Volkshochschule in Münster tätig.

Seit 1997 lebt Manfred Kannenbäumer in der beschaulichen Gemeinde Rellingen im Kreis Pinneberg. Ehrenamtlich übte er hier das Amt des Vorsitzenden von „Haus und Grund“ aus. Er ist verheiratet, hat einen Sohn und 3 Enkelkinder.

Vor mehr als 50 Jahren wurde er Mitglied der CDU. Unmittelbar nach seiner Pensionierung 2008 trat er in die aktive Kommunalpolitik ein und kandidierte für den Kreistag. Er gewann seinen Wahlkreis direkt und wurde von der Gemeindevertretung in Rellingen außerdem zum bürgerlichen Mitglied gewählt.

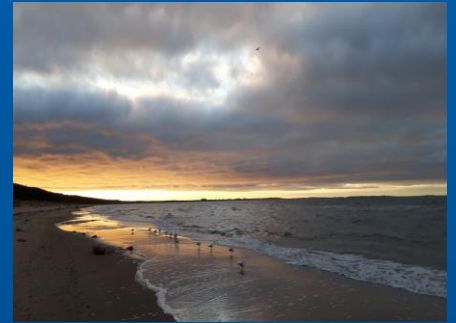
Im Kreistag lag Manfred Kannenbäumers Schwerpunkt auf den Finanzen. Als Mitglied des Hauptausschusses, des Wirtschaftsausschusses und des Finanzausschusses achtete er immer sorgfältig darauf, dass nicht zu viel Geld ausgegeben wurde. Auch im Schleswig-Holsteinischen Landkreistag arbeitete er im Finanzausschuss mit.

Heute ist er zwar brennend an der aktuellen Politik interessiert, scheint im Interview mit dem NewsLetter aber Abstand zu dem manchmal aufreibenden ehrenamtlichen Engagement im Kreis gewonnen zu haben. Politik werde immer schwieriger angesichts leerer Kassen. Er sagt, er sei froh, dass er nicht mehr in der Verantwortung stehe.

Lange Spaziergänge und Wanderungen, Fahrradfahren und manchmal Sport in der „Muckibude“ halten ihn fit, sein „Tolino“ sorgt für geistige Abwechslung. Das Lesen ist immer noch sein wichtigstes Hobby. Zumeist liest Manfred Kannenbäumer Bücher historischen Inhalts, zur Zeit Wilhelm II. von Christopher Clark. Und auf das Reisen mag er nicht verzichten. Letztes Ziel war Gran Canaria, im Frühjahr geht es nach Kos, danach steht St. Peter-Ording auf der Reiseliste und zum Jahresende geht es nach Dubai, Oman und Katar.

Am Ende des Interviews erteilt der erfahrene Politiker seiner eigenen Partei den Rat, Konflikte in den eigenen Reihen hinter verschlossenen Türen zu lösen. Das gelte für die große Politik genauso wie für den Kreisverband.

TERMINE April 2024



Der NewsLetter wünscht schöne und erholsame Osterferien

Montag, 22.04.2024, 19.00 Uhr:
Sitzung des erweiterten CDU-Fraktionsvorstandes, Videokonferenz

Mittwoch, 24.04.2024, 16.30 Uhr:
Sitzung des Hauptausschusses, Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 24.04.2024, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion, Elmshorn, Kreishaus

Donnerstag, 25.04.2024, 18.00 Uhr:
Sitzung des Jugendhilfe-Ausschusses Kreishaus Elmshorn

Montag, 29.04.2024, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Sicherheit und Ordnung Elmshorn, Kreishaus

Montag, 29.04.2024, 19.00 Uhr:
Sitzung des geschäftsführenden CDU-Fraktionsvorstandes, Videokonferenz

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Vorstand der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag

Redaktion/Produktion: Burkhard E. Tiemann
Fotos: CDU, B. E. Tiemann, Kr. Pinneberg

Redaktionsadresse:
CDU-Kreisgeschäftsstelle
Rübekamp 72 | 25421 Pinneberg
Tel.: 04101 / 22927 | Fax: 04101 / 591761
Email: b-e-t@gmx.de

www.cdu-kreistag-pinneberg.de